

Beschluss (vorläufig)

9. Tatsächliche Gleichstellung – Gerechte Geschlechterpolitik

Gremium: Digitale LDV Idar-Oberstein

Beschlussdatum: 06.12.2020

Tagesordnungspunkt: 0. Kapitel 9 Geschlechtergerechtigkeit – Gleichstellung – Regenbogen

Text

1 Eine freie Gesellschaft gelingt nur, wenn sich alle gleichermaßen verwirklichen
2 und teilhaben können. **Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, Lohngerechtigkeit,**
3 **gleiche Berufschancen und Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle**
4 **Geschlechter sind Werte, die unseren Weg bestimmen und Ziele, die wir erreichen**
5 **wollen.**

6 Die Coronakrise hat bestehende Ungleichheiten deutlich sichtbar gemacht und
7 vielfach weiter verstärkt. Oft waren es die Frauen, die ihre Stelle reduziert
8 haben oder zu Hause geblieben sind und mit dem Spagat zwischen Homeschooling,
9 Homebetreuung und Homeoffice belastet waren. Gerade jetzt kommt es darauf an,
10 dass wir Fortschritte machen auf dem Weg hin zu einer **fairen Verteilung** der
11 Einkommen, der Sorgearbeit und der Einflussmöglichkeiten zwischen Frauen und
12 Männern, statt tiefer in alte Rollenmuster zurückzufallen.

13 Wir müssen endlich die tradierten Rollenvorstellungen und auch strukturelle
14 Benachteiligungen überwinden. **Niemand darf ausgegrenzt oder benachteiligt werden**
15 **oder gar Gewalt erfahren müssen.** Jede*r muss jederzeit und überall ohne Angst
16 ein selbstbestimmtes Leben führen können. Wir werden entschieden gegen jede Form
17 der Diskriminierung und auch der sexualisierten Gewalt vorgehen. Unser Ziel ist
18 die vollständige Akzeptanz und rechtliche Gleichstellung von LSBT*IQ (Lesben,
19 Schwule, Bisexuelle, Trans-*, Inter und queere Menschen) auf allen Ebenen.

20 Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen

21 Feminismus ist ein Kernanliegen unserer Politik. Unser Ziel ist es, die
22 Gleichstellung von Frauen in unserer Gesellschaft auf allen Ebenen tatsächlich
23 durchzusetzen. Neben dem Einsatz für Frauenrechte und Frauenförderung kommt es
24 auch darauf an, dass wir die ungleiche Verteilung von Macht in unserer
25 Gesellschaft und strukturelle Benachteiligungen von Frauen auflösen.

26 Frauen arbeiten durchschnittlich für deutlich geringere Bezahlung, übernehmen
27 die meiste Haus- und Familienarbeit und sind in gehobenen Leitungspositionen
28 durchgängig stark unterrepräsentiert. Frauen haben auch in Rheinland-Pfalz rund
29 20 Prozent weniger Einkommen als Männer. Durch die Folgen der Corona-Krise sind
30 Frauen bei der Teilhabe am Erwerbsleben weiter zurückgefallen. Wir GRÜNE wollen
31 die **Lohnlücke endlich schließen.** Deswegen werden wir uns über den Bundesrat für
32 ein wirksames **Entgeltgleichheitsgesetz** einsetzen. In Rheinland-Pfalz erstellen
33 wir einen Lohnatlas, um mehr Transparenz zu erreichen.

34 Der Großteil der Haus- und Sorgearbeit wird immer noch von den Frauen erledigt.
35 **Flexiblere Arbeitszeitmodelle** können Frauen und Männer dabei unterstützen, sich

36 **die Sorge für ihre Familie und eine Erwerbstätigkeit partnerschaftlich zu**
37 **teilen.** Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle Eltern familiengerechte
38 Arbeitszeiten wählen können. Dazu brauchen wir ein Recht auf Teilzeit, ein Recht
39 zur Rückkehr in Vollzeit und mehr Möglichkeiten des Studiums in Teilzeit. Auf
40 Bundesebene muss das Ehegattensplitting durch eine gezielte Förderung von
41 Familien mit Kindern ersetzt werden, um Fehlanreize für eine ungleiche
42 Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit zu verhindern. **Zuverlässige und**
43 **bedarfsgerechte Ganztagsbetreuungsangebote** auch für Schulkinder und auch in den
44 Ferien sind die Grundlage dafür, Barrieren für eine gleiche Teilhabe von Frauen
45 am Erwerbsleben abzubauen.

46 Für die Überwindung von Geschlechterstereotypen und Geschlechterdiskriminierung
47 spielen **Medien, Kunst und Kultur** eine relevante Rolle. So muss es Aufgabe der
48 Rundfunkrät*innen im Öffentlich Rechtlichen Rundfunk sein, auf
49 **Geschlechtergerechtigkeit im Programm, aber auch in der Personalstruktur -**
50 **insbesondere in Führungspositionen** - hinzuwirken. Wir unterstützen deshalb
51 ausdrücklich die Bewerbung von Künstlerinnen und weiblichen Kulturschaffenden
52 bei der Stiftung Rheinland-Pfalz für Kultur. Projekte zur Sichtbarmachung und
53 Förderung von Frauen in den Künsten, wie beispielsweise das „Mentoring für
54 Bildende Künstlerinnen“ wollen wir weiter ausbauen.

55 **Die Hälfte der Macht den Frauen**

56 Weniger als 30 Prozent der abhängig Erwerbstätigen in Führungspositionen in
57 Rheinland-Pfalz sind weiblich – obwohl die Frauen im Durchschnitt höhere
58 Bildungsabschlüsse als Männer erreichen. Oft hilft die freiwillige
59 Selbstverpflichtung nicht, deswegen sind **Quoten ein wichtiges Instrument für**
60 **mehr Parität.** Wir GRÜNE kennen aus eigener Erfahrung mit der Quote die positiven
61 Effekte. Eine Quote verändert auch die Führungskultur, den Kommunikationsstil,
62 führt zu Vielfalt und nachweislich zu mehr wirtschaftlichen Erfolg. Zusätzlich
63 wollen wir mehr Sensibilität für die Option „Führen in Teilzeit“ schaffen.

64 Wir haben ein klares Ziel: 50 Prozent Frauen in Parlamenten, Aufsichtsräten,
65 Regierungen und Chefetagen. Der derzeitige Frauenanteil im Landtag liegt bei
66 rund 33 Prozent. Wir GRÜNE wollen die Rahmenbedingungen für **mehr Frauen in der**
67 **(Kommunal-)Politik** verbessern, beispielsweise durch einen rechtlichen Rahmen für
68 familienfreundliche Sitzungszeiten, Kinderbetreuung und die Durchführung
69 digitaler Sitzungen. Im Vorfeld der Kommunalwahl 2024 wollen wir Frauen auf dem
70 Weg zu einer Kandidatur mit einem Mentoringprogramm ermutigen und unterstützen.
71 Weiterhin setzen wir uns für ein wirksames, verfassungskonformes **Paritätsgesetz**
72 mit verbindlichen Vorgaben ein.

73 Gleichstellung darf kein politisches Nischenfeld sein, es muss das gesamte
74 politische Handeln durchziehen. Nur so kann **Gender Budgeting** gelingen. Das
75 bedeutet die Bewertung der finanziellen Mittel danach, welchen Geschlechtern sie
76 zugutekommen und ob sie zur tatsächlichen Gleichstellung beitragen. Die
77 gesetzlichen Rahmenbedingungen für Frauenbüros und Gleichstellungsstellen wollen
78 wir verbessern.

79 **Stereotypen entgegenwirken**

80 Frauen und Männer haben gleiche Rechte, aber die Verwirklichung ihrer
81 Möglichkeiten wird noch immer stark von unterschiedlichen Rollenbildern geprägt.
82 Wir wollen eine bewusste Auseinandersetzung mit geschlechtsspezifischen
83 Stereotypen erreichen. Beispielsweise in Medien, Werbung und Schulbüchern soll

84 die Darstellung vielfältiger Rollenbilder zur Norm werden. Bei der Berufswahl
85 junger Menschen ist die klassische Rollenverteilung häufig noch ausschlaggebend.
86 Wir möchten deswegen die **Förderung einer Berufswahl nach Interessen und**
87 **Fähigkeiten unabhängig von hergebrachten Rollenklischees fortführen** – unter
88 anderem durch gendersensible Berufsberatung, Sensibilisierung der Fachkräfte in
89 der Berufsberatung und Berufsorientierung. Dies wollen wir mit einer
90 landesweiten Kampagne unterstützen. Das **Ada-Lovelace-Projekt**, das mehr Mädchen
91 zu einem Studium in den MINT-Fächern führen soll, werden wir fortsetzen.

92 In sozialen Berufen, zum Beispiel in der Pflege oder Erziehung, liegt der
93 Frauenanteil in Deutschland bei bis zu 80 Prozent. Diese Arbeit geht oft einher
94 mit prekären Beschäftigungsverhältnissen und schlechter Bezahlung. Wir
95 unterstützen deshalb die Gewerkschaften in ihrer Forderung, die Tarifbindung zu
96 stärken sowie die Einkommen und Arbeitsbedingungen zu verbessern.

97 Da **Frauen als Gründerinnen** deutlich unterrepräsentiert sind, wollen wir ein
98 **Gründerinnenzentrum** einrichten und einen **Gründerinnenpreis** ins Leben rufen.
99 Regionale Zentren für Existenzgründer*innen sollen frauenspezifische Angebote
100 mehr als bisher berücksichtigen.

101 **Sexismus die rote Karte zeigen**

102 Sexismus ist immer noch allgegenwärtig: Sexistische Kommentare, verbale
103 Belästigung, physische Übergriffe bis zur sexuellen Gewalt erleben Frauen im
104 Alltag, beim Arbeitsplatz, im privaten Umfeld, in der Freizeit. Wir GRÜNE werden
105 auch künftig gegen sexistische Strukturen in unserer Gesellschaft kämpfen. Dazu
106 muss die **Kampagne LautStark** ausgeweitet werden. Die **#metoo-Bewegung** hat viele
107 Betroffene dazu ermutigt, offen zu sprechen. Wir wollen ein gesellschaftliches
108 Klima, in dem sich Männer und Frauen im Kampf gegen Sexismus solidarisieren und
109 die Täter keine Rückendeckung mehr erhalten. Betroffene sexistischer Übergriffe
110 sollen schnell und einfach Unterstützung erhalten. Mit einer Bunderatsinitiative
111 wollen wir ein Verbot sexistischer Werbung erreichen.

112 **Gewalt gegen Frauen stoppen**

113 Gewalt gegen Frauen ist kein individuelles Problem, sondern Ergebnis ungleicher
114 Machtverhältnisse. Wir GRÜNE treten konsequent **für den Schutz von Frauen und**
115 **Mädchen vor jeglicher Gewalt** ein. Deshalb wollen wir präventive Konzepte
116 stärken. Unser Ziel ist es **Frauenhäuser, Frauennotrufe, Interventionsstellen**
117 **sowie Frauenhausberatungsstellen weiter auszubauen**. Das Interventionsprojekt
118 gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen (RIGG) weiten wir aus und richten
119 weitere Interventionsstellen ein. Zur Umsetzung der **Istanbul-Konvention**
120 (Konvention des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen
121 und häuslicher Gewalt) erarbeiten wir gemeinsam mit der von uns eingesetzten
122 Koordinierungsstelle und den gegen Gewalt tätigen staatlichen und
123 nichtstaatlichen Institutionen einen Landesaktionsplan.

124 Jedes Mädchen und jede Frau, die Schutz braucht, soll ihn bekommen. Wir wollen
125 eine **Clearingstelle für betroffene Frauen** einrichten. Diese soll in akuten
126 Situationen eine Schutzunterkunft bieten, Hilfebedarfe individuell abklären und
127 alternative sowie ergänzende Unterstützungsangebote zur Unterbringung in
128 Frauenhäusern vermitteln. Wir GRÜNE haben die **Frauenhausplätze bereits ausgebaut**
129 **und wollen weitere Plätze schaffen**. Nach dem Aufenthalt in Frauenhäusern wollen
130 wir Angebote für das zweite Wohnen (Second-Stage) machen. Diese sollen die
131 Möglichkeit bieten, in einer kleinen Wohngemeinschaft mit Betreuung zu leben,

132 bevor die Frauen in eine eigene Wohnung ziehen. So werden die Frauenhäuser
133 entlastet und die Frauen haben einen weichen Übergang in ein eigenständiges
134 Wohnen.

135 Frauen mit Behinderungen sind besonders häufig von sexualisierter Gewalt
136 betroffen. Daher wollen wir den barrierefreien Aus- und Umbau von Frauenhäusern
137 weiter fördern und **ein barrierefreies und kompetentes Schutz- und**
138 **Beratungsangebot** etablieren.

139 Das **Modellprojekt Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung** werden wir
140 landesweit ausbauen, um Betroffene wohnortnah Unterstützung, Beratung wie auch
141 die Möglichkeit einer vertraulichen Spurensicherung zu gewährleisten. Darüber
142 hinaus wollen wir ein Netzwerk gegen weibliche Genitalverstümmelung aufbauen.

143 Wohnungslose Frauen sind besonders schutzbedürftig. Wir werden sie mit einem
144 breiteren frauenspezifischen Angebot an Unterkunft, Verpflegung und Beratung
145 unterstützen.

146 **Schutz für Prostituierte**

147 Wir setzen uns entschieden gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution ein.
148 Gleichzeitig ist uns das **Recht auf Selbstbestimmung im Umgang mit Prostitution**
149 ein wichtiges Anliegen. Deshalb lehnen wir es ab, Menschen in der Prostitution
150 zu kriminalisieren und zu stigmatisieren. Vielmehr müssen Menschen in der
151 Prostitution, insbesondere in der Armutsprostitution, gezielt **vor Ausbeutung**
152 **geschützt und ihre rechtliche und soziale Situation verbessert werden.** Das
153 gelingt nur, wenn wir die Unterstützung, Beratung und Ausstiegshilfe für
154 Frauen in der Prostitution landesweit ausbauen.

155 **Sexuelle Selbstbestimmung**

156 Die **ärztliche Versorgung in Bezug auf Schwangerschaftsabbrüche soll in Rheinland-**
157 **Pfalz verbessert werden.** Die Schwangerschaftskonflikt- und Sexualberatung wollen
158 wir stärken. Aufklärung und Sensibilisierung tragen ganz zentral dazu bei,
159 Missbrauch zu verhindern und selbstbestimmte Sexualität und Familienplanung zu
160 unterstützen. **Ungewollt schwangere Frauen brauchen umfassenden und schnellen**
161 **Zugang zu Informationen.**

162 Es muss gewährleistet bleiben, dass Ärzt*innen betroffene Frauen landesweit nach
163 medizinischen Standards versorgen können. Wir setzen uns bundesweit für eine
164 **Streichung des Paragraphen 219a StGB** ein, der Werbung für den Abbruch von
165 Schwangerschaften unter Strafe stellt. Damit wollen wir die Informationslage
166 ungewollt Schwangerer und die Rechtssicherheit für Ärzt*innen endlich
167 verbessern.

168 Mit einer Bundesratsinitiative wollen wir erreichen, dass Verhütungsmittel für
169 Grundsicherungsempfänger*innen kostenfrei bereitgestellt werden.

170 **Liebe, wen du willst: für Selbstbestimmung und gleiche Rechte**

171 Noch immer werden LSBT*IQ angefeindet, verlieren wegen ihrer sexuellen Identität
172 ihren Job oder trauen sich erst gar nicht, sich zu outen. Wir wollen, dass
173 Menschen jeder geschlechtlichen und sexuellen Identität ohne Angst leben und
174 sich überall frei bewegen können. Damit das gelingt, müssen wir an unseren
175 eigenen Vorurteilen und Vorbehalten arbeiten. Wir wollen gemeinsam mit den Kitas
176 und Schulen dafür sorgen, dass unsere Kinder unterschiedliche Lebens- und
177 Familienformen kennenlernen. Denn bei uns hat die Ausgrenzung von Lesben,

178 Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Inter-Personen sowie von queeren und non-
179 binären Menschen (LSBT*IQ) keinen Platz. **Unser Ziel ist die vollständige**
180 **Akzeptanz und rechtliche Gleichstellung von LSBT*IQ auf allen Ebenen.**

181 **Vorurteile abbauen – Akzeptanz stärken**

182 Wir wollen mit dem **Landesaktionsplan Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen die**
183 **Sichtbarkeit und Akzeptanz von LSBT*IQ** weiter stärken. Dafür ist die enge
184 Zusammenarbeit mit den landesweiten, lokalen Vereinen und Initiativen für uns
185 grundlegend. Die finanzielle Förderung wollen wir deutlich steigern, um in den
186 jeweiligen Regionen die Strukturen zu festigen und neue entstehen zu lassen. Die
187 bewährte Arbeit unserer **Landesbeauftragten für gleichgeschlechtliche**
188 **Lebensweisen und Geschlechtsidentität** wollen wir in ganz Rheinland-Pfalz
189 voranbringen, indem sie zukünftig auf ein Netz an kommunalen Queerbeauftragten
190 zurückgreifen kann. Damit sich alle Menschen ihrer Identität gemäß angesprochen
191 fühlen und nicht schon von vornherein von staatlicher Seite sprachlich
192 ausgegrenzt und diskriminiert werden, wollen wir eine konsequent **gendergerechte**
193 **Sprache** in allen Behörden, Gesetzen und auf allen Formularen als Teil unserer
194 Antidiskriminierungsstrategie umsetzen. Außerdem möchten wir erreichen, dass
195 gendergerechte Sprache als Thema in den Lehrplänen der weiterführenden Schulen
196 fest verankert wird.

197 Die Vorgaben zum Sexualkundeunterricht stammen von 2009 und lassen Themen wie
198 Trans*- und Intersexualität außen vor. Wir streben daher eine **Überarbeitung des**
199 **Sexualkundeunterrichts** an, damit Kinder und Jugendliche über die geschlechtliche
200 Vielfalt aufgeklärt werden. Innerhalb des Sexualkundeunterrichts soll es möglich
201 sein, ohne die Anwesenheit von Autoritätspersonen wie Lehrkräften, in
202 geschützten Räumen Fragen stellen und diskutieren zu können. Diese wollen wir
203 Jugendlichen bieten, zum Beispiel durch altersgerechte Angebote durch (sexual-
204)pädagogische Fachkräfte. Die Aufklärung zu sexueller und geschlechtlicher
205 Identität an Schulen wollen wir in Zusammenarbeit mit dem landesweiten Netzwerk
206 SCHLAU stärken. **Gender Studies** an den rheinland-pfälzischen Hochschulen sind uns
207 wichtig, da sie Erkenntnisse zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt aus
208 einer wissenschaftlichen Perspektive vorantreiben.

209 **Sexuell und geschlechtlich selbstbestimmt leben**

210 Intersexuellen Personen wird noch immer ihr Recht auf Selbstbestimmung
211 aberkannt. Nach wie vor werden **intersexuelle Kinder** nach der Geburt operiert, um
212 sie eindeutig dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zuzuordnen. Hierbei
213 handelt es sich um eine massive Grenzverletzung über die Köpfe der betroffenen
214 Kinder hinweg. Die Folgen für Psyche und Körper sind unvorhersehbar. Wir wollen
215 ein Verbot **dieser Operationen**. Die Bundesregierung darf dieses Unrecht nicht
216 länger zulassen. Intersexuelle Kinder dürfen nicht zwangsoperiert werden,
217 sondern selbst über ihren Körper bestimmen. Die **Beratung und Aufklärung der**
218 **Eltern intersexueller Kinder** muss deshalb **verbessert** werden.

219 Trans*-Personen müssen zur Anerkennung ihrer Geschlechtsidentität unerträgliche
220 Hürden überwinden, beispielsweise müssen sie immer noch der Pflicht zur
221 Begutachtung nachkommen. Eine **Reform des Transexuellengesetzes** ist
222 unerlässlich. Zusätzlich wollen wir für Unternehmen und Behörden eine
223 Handreichung erarbeiten, damit auch Arbeitgeber*innen ihre trans*-Mitarbeitenden
224 unterstützen können. Änderungen der Vornamen an Schulen und Hochschulen wollen
225 wir deutlich erleichtern und die gesundheitliche Versorgung für trans* und
226 inter-Personen verbessern.

227 Wir werden **gleiche Rechte und Selbstbestimmung für alle** immer wieder öffentlich
228 fordern und so LSBT*IQ sichtbarer machen. Wir wollen LSBT*IQ Sicherheit geben,
229 um sich sowohl innerhalb als auch außerhalb der LSBT*IQ-Szene mit allen Facetten
230 ihrer Persönlichkeit zeigen zu können, ohne Angst haben zu müssen, angefeindet
231 oder diskriminiert zu werden. Immer noch werden schwule Männer und Trans*-
232 Personen von der Blutspende ausgeschlossen. Wir setzen uns deshalb für einen
233 **diskriminierungsfreien Zugang zur Blutspende** ein.

234 Damit Gewalttaten häufiger zur Anzeige gebracht werden und sich Opfer
235 queerfeindlicher Gewalt besser betreut fühlen, werden wir die **Anlaufstelle für**
236 **LSBT*IQ bei der Polizei ausbauen** und die **Staatsanwaltschaften** für
237 queerfeindliche Gewalt sensibilisieren.

238 Unsere Vergangenheit ist eine Mahnung. Im Rahmen diverser Forschungsprojekte
239 haben wir viel für die **Aufarbeitung der rheinland-pfälzischen**
240 **Diskriminierungsgeschichte** getan und bundesweit Pionierarbeit geleistet. Nur so
241 konnten wir aufdecken, dass noch bis in die 1990er Jahre hinein lesbischen
242 Müttern ihre Kinder entzogen wurden. Dieses Engagement wollen wir fortführen und
243 unterstützen Bestrebungen zur **Errichtung eines Gedenkortes**.